



Mehr als 100 Geiseln befinden sich noch immer in Händen von palästinensischen Terroristen in Gaza. Sie und ihre Familien gehen seit vielen Monaten durch die Hölle. Wir müssen sie nach Hause bringen, jeder Tag zählt. So lange sie in Gaza sind, sind wir alle da.

Polizei greift gewaltsam in Demonstration ein

Die Polizei setzte am Samstagabend bei Zusammenstößen mit Demonstranten gegen die Regierung und für ein Geisel-Abkommen in Tel Aviv Wasserwerfer ein und bedrängte die Teilnehmenden mit Polizeipferden. Ein Video zeigt ausserdem, wie ein Demonstrant von einem Polizisten verprügelt wird. Damit sind die Zusammenstöße die gewalttätigsten ihrer Art seit dem Ausbruch des Krieges am 7. Oktober. 21 Demonstranten wurden festgenommen, mehrere verletzt.

„Das gewaltsame Vorgehen der Polizei heute Abend gegen Demonstranten, darunter die Familien der Geiseln, ist gefährlich, antidemokratisch und darf nicht weitergehen“, kommentierte Oppositionsführer Yair Lapid. „Das Recht zu protestieren ist ein Grundrecht, und es kann den Demonstranten nicht mit Schlagstöcken und Wasserwerfern genommen werden.“ Eine der Demonstrantinnen, die von Wasserwerfern getroffen wurde, war Ilana Gritzewsky, die 55 Tage lang in Gaza als Geisel festgehalten wurde, bevor sie im November freigelassen wurde.

Etwa 500 Meter von der Demonstration entfernt, auf dem Geiselplatz vor dem Tel Aviver Kunstmuseum, nahmen währenddessen Tausende von Menschen an der wöchentlichen Kundgebung für die Rückkehr der Geiseln teil. Nachdem zuerst von den Verhandlungen in Paris um die Rückkehr der Geiseln und einen Waffenstillstand positive Entwicklungen gemeldet wurden, dämpfte ein israelischer Beamter am Montag die Erwartungen:

„Wir müssen vorsichtig sein. Wir führen immer noch Selbstgespräche.“ Anfang der Woche waren mehrere israelische Unterhändler nach Katar geflogen, um die Verhandlungen fortzusetzen. Die Hamas ist nicht an den Gesprächen beteiligt, und die Führung der Organisation müsste jedem in Katar und Paris ausgehandelten Rahmen zustimmen.



Regierungskritische Demonstranten auf der Kaplanstrasse in Tel Aviv mit einem Transparent mit der Aufschrift „Du bist der Kopf, du bist schuldig“, 24. Februar 2024. (Ofer Mariah / Israel Pro-Democracy Protest Movement)

Kommunalwahlen in ganz Israel

Am Dienstag fanden in vielen Teilen Israels Kommunalwahlen statt. Der Urnengang war ursprünglich für den 31. Oktober 2023 angesetzt, drei Wochen nach Beginn des Krieges gegen die Hamas-Terrorgruppe nach ihrem verheerenden Massaker vom 7. Oktober im westlichen Negev.

Ganze Gebiete Israels stehen jedoch noch immer unter Beschuss, und die Wahlen in den evakuierten Gebieten in der Nähe des Gazastreifens und der Grenze zum Libanon werden erst in neun Monaten, am 19. November, stattfinden. Dieser spätere Termin gilt vor allem für die Städte Kiryat Shmona, Shlomi und Sderot sowie für die Regionalräte im Süden und Norden, in denen sich Kibbuzim, Moschawim und mehrere arabische Dörfer befinden. Insgesamt 180.000 Bürger, die in diesen Gebieten leben, werden am Dienstag nicht wählen.

Die restlichen sieben Millionen Israelis wählten am Dienstag Bürgermeister oder Gemeinderatsvorsitzende in 197 Stadtverwaltungen und 44 Regionalräten. Zur Wahl standen 24.910 Kandidaten auf 4.500 Parteiprogrammen, darunter 801 Bürgermeisterkandidaten, von denen nur 83 Frauen sind. Die Wählerinnen und Wähler geben zwei Stimmen ab – für das Stadtoberhaupt und für einen Ratswahlvorschlag.



Am Dienstag fanden in weiten Teilen Israels Kommunalwahlen statt (Bild: Amit Gil).

Es war im Vorfeld zur Wahl nicht klar, inwieweit die Kommunalwahl die Einstellung der Wähler gegenüber der Regierungskoalition widerspiegeln würde. Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober im Süden Israels hat der Chef der Nationalen Union, Benny Gantz, gute Chancen, eine neue Regierung zu bilden, wenn heute allgemeine Wahlen abgehalten würden. Doch im Gegensatz zu Netanjahus Likud verfügt Gantz' Partei nicht über einen starken und erfahrenen kommunalen Wahlkampfapparat.

Darüber hinaus ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen stets niedriger als bei nationalen Wahlen, und am Dienstag war sie sogar noch niedriger als sonst, bei Schliessung der Wahllokale um 22 Uhr hatten nur 49,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Das kommt den ultraorthodoxen Parteien in vielen Gebieten, darunter auch in Jerusalem, zugute, da die ultraorthodoxe Gemeinschaft zuverlässig eine hohe Wahlbeteiligung aufweist.

Gründer der israelischen Black Panther-Bewegung verstorben

Charlie Biton, ein der Gründer der israelischen Black-Panther-Bewegung, der den Kampf der Mizrachi-Juden um Gleichberechtigung entscheidend unterstützte, ist am Samstagabend im Alter von 76 Jahren gestorben.

Als radikaler Aktivist und späteres Knessetmitglied war Biton das Gesicht einer Bewegung, die ab den 1970er Jahren eine nationale Abrechnung mit der seit langem bestehenden Diskriminierung von Juden nordafrikanischer und nahöstlicher Herkunft erzwang und die Regierung dazu drängte, sich mit der weit verbreiteten wirtschaftlichen Ungleichheit und der Entrechtung in Politik, Wissenschaft und anderen Lebensbereichen durch die aschkenasische europäische Elite des Landes auseinanderzusetzen. Obwohl Bitons Black Panthers nie genug Unterstützung für einen Wahlerfolg mobilisieren konnten, ebnete die Bewegung den Weg für viele auf sie folgende sephardische und mizrachische politische Organisationen.

Die Partei der Black Panthers kandidierte 1973 für die Knesset, scheiterte aber an der Wahlhürde. Biton zog schliesslich 1977 in die Knesset ein, bei denselben Wahlen, bei denen der von den Mizrachim unterstützte Likud an die Macht kam und die politische Landschaft Israels nach Jahrzehnten der Mapai-Herrschaft entscheidend veränderte.

Biton wurde 1947 in Casablanca, Marokko, geboren und wanderte mit seiner Familie nach Israel ein, als er 2 Jahre alt war. Er lebte zum Zeitpunkt seines Todes in dem Jerusalemer Vorort Mevasseret Zion. Er hinterlässt eine Frau, Kinder und Enkelkinder.



Charlie Biton, zweiter von links, demonstriert mit anderen Black Panthers bei einer Maikundgebung in der Dizengoff-Strasse in Tel Aviv am 5. Mai 1973. (Moshe Milner/GPO)

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX